

Militär, Krieg und Klima – eine unheilvolle Melange

Hermann Theisen

»Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker« lesen wir in den Beipackzetteln unserer Medikamente und hören wir regelmäßig in (atemberaubender und fast nicht mehr zu verstehender Geschwindigkeit) in Werbespots von pharmazeutischen Unternehmen, um uns nicht vergessen zu lassen, dass jedes – und wirklich auch jedes – Medikament zu unerwünschten Nebenwirkungen führen kann. Der Beipackzettel enthält standardmäßig eine genaue Beschreibung des Arzneimittels und informiert Patient*innen über die sachgemäße Anwendung des Arzneimittels, aber eben auch über seine potenziellen Nebenwirkungen. Für das Militär und die Rüstungsindustrie sind solche Beipackzettel (leider) nicht vorgesehen, obwohl seine Nebenwirkungen – vor allem in Kriegen – für uns alle doch sehr beträchtlich sind, das gilt für die Herstellung von Waffen und insbesondere für kriegerische Auseinandersetzungen, die zwangsläufig desaströs dramatische Folgen für unser Klima haben.

Angesichts der aktuellen Kriege und globalen Konflikte sind die weltweiten Militärausgaben im vergangenen Jahr (wieder) auf ein Allzeithoch gestiegen. Sie stiegen 2023 nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI auf 2.443 Billionen US-Dollar, was einem neuen Rekordwert entspricht. In der Rangliste landet Deutschland dabei auf Platz sieben. Weltweit investieren die Staaten so viel Geld in ihre Streitkräfte wie nie zuvor. Demgegenüber haben Wissenschaftler:innen des Fachjournals *Science* berechnet, dass aktuell 1,5 Billionen US-Dollar jährlich in den Klimaschutz fließen müssten, um die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen.

Nachfolgend eine Übersicht über die dysfunktionalen und damit nicht zu verantwortenden Auswirkungen von Militär, militärischen Auseinandersetzungen und Kriegen auf unser Klima – die Angaben stützen sich insbe-

sondere auf Untersuchungen der IPPNW (Internationale Ärzte und Ärztinnen für die Verhütung des Atomkrieges und in sozialer Verantwortung, Berlin):¹

Zerstörung der Umwelt

In jedem Krieg werden Menschen getötet und Lebensräume verwüstet. Militärübungen und Kriegseinsätze verschmutzen Gewässer, Böden, Luft, beanspruchen riesige Flächen und verursachen so erhebliche Langzeitfolgen. So hat die Zerstörung des Kachowka-Staudamms im Rahmen des Ukrainekriegs zu einer regionalen Umweltkatastrophe geführt, die auch die globale Ernährungssicherheit massiv bedroht hat. Die Anzahl der Waldbrände in der Ukraine hat sich 2022 im Vergleich zum Vorjahr um das 36-Fache erhöht. Mehr als 8.500 Schiffswracks liegen in den Tiefen der Ozeane, ein großer Teil versenkt im Zweiten Weltkrieg. Sie rosten und setzen so Millionen Tonnen Treibstoff, Rohöl und Schiffsdiesel frei. Unter den Spätfolgen der stark krebserregenden Chemiewaffe »Agent Orange« im Vietnamkrieg leiden noch heute viele Menschen. Selbst der Einsatz nur eines Bruchteils der vorhandenen atomaren Waffenarsenale würde nach Erkenntnissen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen »atomaren Winter« und damit eine Umweltkatastrophe bisher unbekannten Ausmaßes auslösen, was eine globale Hungersnot zur Folge hätte. Unser Planet wäre damit für Menschen und viele Tiere auf unabsehbare Zeit nicht mehr bewohnbar.

Abhängigkeit von fossiler Energie

Der Betrieb von militärischen Stützpunkten, von Übungen und Kampfeinsätzen und die Logistik des Militärs basiert auf fossilen Energieträgern. Dementsprechend ist das US-Militär einer der größten institutionellen Einzelverbraucher fossiler Brennstoffe weltweit, 2016 verbrauchte es 350.000 Barrel Öl pro Tag. In den letzten Jahren geben nationale Militärs wie auch die NATO vermehrt an, ihren CO₂-»Stiefelabdruck« reduzieren zu wollen. Doch Sicherheitsstrategien und Bündnispaniere sind wenig überzeugend. Es bleibt »nationales Sicherheitsinteresse« (auch der Bundesregierung), den Zugang zu Rohstoffquellen und die Transportwege zu sichern. Rohstoffe und vor

allem Energiere Ressourcen sind ein wichtiger Auslöser, Katalysator und aufrechterhaltender Faktor von Kriegen – parallel zementieren sie unsere Abhängigkeit von Diktaturen und kriegsbefürwortenden staatlichen und nicht staatlichen Akteurinnen und Akteuren. Statt Aufrüstung und fossile Industrie sollten deshalb erneuerbare Energien und eine damit einhergehende sozialökologische Transformation den Vorrang haben.

Auswirkungen auf das Klima

Militär und Rüstung haben einen enormen CO₂-Stiefelabdruck. Allein das US-Verteidigungsministerium verzeichnete 2017 einen höheren Treibhausgasausstoß als Länder wie Dänemark oder Schweden. Ein russisches SU34-Kampfflugzeug stößt pro Flugstunde zwischen 30 und 32 Tonnen CO₂ aus. Die von der Bundeswehr eingesetzten Eurofighter verbrauchen 3.500 Kilogramm Treibstoff pro Flugstunde, was elf Tonnen CO₂-Äquivalenten entspricht. Das ist mehr als der jährliche CO₂-Fußabdruck eine*r Bundesbürger*in. Nach Berechnungen von Wissenschaftler*innen entstanden während der ersten zwölf Monate des Ukrainekrieges 119 Millionen Tonnen CO₂, das entspricht etwa dem, was Belgien im gleichen Zeitraum verursacht hat.

Unverantwortbare Kosten

Im Bundeshaushalt 2023 stehen etwa 50 Milliarden Euro für das Verteidigungsministerium zur Verfügung, womit Deutschland den größten Verteidigungsetat der EU hat. Weitere 100 Milliarden Euro wurden im Grundgesetz verankert, und wenn das Zwei-Prozent-Ziel der NATO (zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen demnach für die Verteidigung ausgegeben werden) erfüllt wird, werden die Ausgaben noch weiter steigen. Geld, das an anderer – sozialer – Stelle fehlt. Die NATO-Rüstungsausgaben von 1,26 Billionen US-Dollar im Jahr 2023 würden für zwölf Jahre versprochener Klimafinanzierung für Länder mit geringen und mittleren Einkommen oder für vier Jahre Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in den afrikanischen Ländern ausreichen.

Nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Unsicherheit

Militär, Rüstungsindustrie und Krieg zerstören unsere Umwelt als Grundlage menschlicher Sicherheit und tragen ganz wesentlich zur Klimakatastrophe bei. Das beinhaltet in der Folge zwangsläufig massive Verstärker von Konfliktfaktoren: Extremwetterereignisse wie Dürren, Überschwemmungen, Stürme und Brände, welche zwangsläufig wiederum zu weiteren Konflikten führen und bestehende verschärfen, vor allem dort, wo Grundrechte von vornherein unzureichend gewährleistet sind. Zum Beispiel führte 2006 bis 2011 die schlimmste Dürre seit 500 Jahren in Syrien zu extremen Ernteausfällen, denen die syrische Regierung und die internationale Gemeinschaft völlig unzureichend entgegenwirkten, was weitere dortige Konflikte und Unruhen nach sich zog. Statt Klimaschutz, Klimaanpassung und die Reparation von Schäden und Verlusten voranzutreiben, verstärkt sich so aber auf unheilvolle Weise die Aufrüstungsspirale. Davon profitiert die Rüstungsindustrie immens, die auch Waffen in Länder liefert, die stark von der Klimakrise betroffen sind.

Militärs und Rüstungsindustrie sind verantwortungslos

Die Rolle von Militär, Rüstungsindustrie und militärischen Auseinandersetzungen für den Klimawandel werden sowohl von Regierungen als auch vom Weltklimarat systematisch ausgeblendet. Schon im Kyoto-Protokoll (1997) und im Pariser Klimaschutzabkommen (2015) blieb der CO₂-Stiefelabdruck des Militärs ausgespart. Wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Kritik werden durch das Fehlen von Daten systematisch behindert. Staaten und Rüstungskonzerne verweigern nach wie vor Transparenz und verschanzen sich hinter fehlenden Berichtspflichten und dem Schutz der nationalen Sicherheit. Die Erfassung und transparente Veröffentlichung des CO₂-Stiefelabdrucks militärischer Aktivitäten ist hingegen von zentraler Bedeutung für eine effektive Klimaschutzstrategie, denn: Nichts ist umwelt- und klimaschädlicher als ein Krieg.

Klimawandel als Kriegstreiber

Gleichzeitig gilt als unbestritten, dass der Klimawandel weitreichende Folgen für die Stabilität von Ländern (vor allem des Globalen Südens) hat, die nicht selten in kriegerische Auseinandersetzungen münden. Bereits 2019 veröffentlichte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Michael T. Klare einen Text, in dem er der Frage nachgeht, inwieweit der Klimawandel als ein ganz entscheidender »Bedrohungsmultiplikator« gesehen werden muss.² Die Auswirkungen des Klimawandels und der Einfluss der Erderwärmung auf Ökosysteme und menschliche Lebensräume würden realitätsnah wahrgenommen, so Klare, jedoch werde der Zusammenhang zwischen bewaffneten Konflikten und von Migration in den vom Klimawandel am meisten betroffenen Regionen der Erde vollkommen unterschätzt. Das habe sich gerade auch im Syrienkonflikt gezeigt: Eine extreme Dürre hatte die syrische Landwirtschaft zwischen 2007 und 2008 besonders hart getroffen und Tausende verarmte Bauern in ohnehin überfüllte Städte getrieben. Dort erhielten sie kaum Unterstützung vom Assad-Regime und engagierten sich schlussendlich in regierungskritischen Protesten, nicht wenige von ihnen hätten in der Folge aus Syrien fliehen müssen.

Klimawandel ist militärisch nicht besiegbar

In der Studie zur »Strategie Verteidigung und Klima des Bundesverteidigungsministeriums«³ betrachtet Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius den Klimawandel als »zentrale Herausforderung für die Menschheit«, die unsere Welt tiefgreifend verändere. In der Studie heißt es: »Die Auswirkungen des Klimawandels – wie zunehmende Temperaturextreme, das Schmelzen von Eisflächen und Auftauen von Permafrostböden, der Anstieg des Meeresspiegels, Desertifikation oder die zunehmende Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen – verändern die Lebensgrundlagen von Menschen auf der ganzen Welt und werden sie an verschiedensten Orten weltweit auch bedrohen. Als Katalysator von Risiken und Konflikten wird der Klimawandel potenziell bestehende Konfliktlagen verschärfen und soziale Unruhen, Instabilität und damit einhergehende Migrationsströme verstärken. Er hat zudem geopolitische Implikationen,

wie die Öffnung neuer Schifffahrts- und Handelswege in der Arktis, den zunehmenden Wettbewerb um Ressourcen oder den durch die Energiewende perspektivisch steigenden Bedarf an seltenen Erden und alternativen Rohstoffen. Die aufgezeigten Folgen des Klimawandels drohen zunehmend den Nährboden für zukünftige Konflikte und geopolitische Spannungen zu bilden und zu Machtverschiebungen, neuen Konkurrenzverhältnissen und Sicherheitsrisiken zu führen. Sie entfalten damit eine sicherheitspolitische Relevanz und müssen querschnittlich in Analyse, Bewertung und Management von Konflikten einfließen.« – »Wir müssen uns deshalb auf den Klimawandel einstellen und seine Auswirkungen strategisch antizipieren«, so Pistorius.⁴

Die spannende Frage ist nun, wie jene strategische Antizipation aussehen soll. Wenn Antizipationsfähigkeit in Bezug auf den Klimawandel vom Bundesverteidigungsministerium so verstanden wird (wie es leider zu vermuten ist), dass ein Schutz vor den genannten geopolitischen Unbilden – mit all seinen dysfunktionalen Implikationen – vor allem in militärstrategischen Kategorien zu denken (und zu lösen) sein soll, so würden dabei zwei ganz wesentliche Faktoren übersehen werden: zum einen unsere eigene nationale Verantwortung für die klimapolitische Lage unserer Zeit und zum anderen, dass die Vorstellung, große Kriege seien überhaupt noch führbar, einem Denken aus längst vergangenen Zeiten angehört. Das zeigen beispielhaft die aktuellen Kriegsverläufe in der Ukraine und in Israel, um nur zwei Beispiele zu nennen. Denn sie offenbaren eines der großen Rätsel unserer Zeit, wonach es im Ringen um Krieg und Frieden (noch immer) nur die Wahl zwischen Sieg oder Niederlage zu geben scheint, anstatt dass nachgespürt und darüber gestritten wird, welche Optionen zwischen diesen beiden Extrempositionen verfügbar sind. Denn ganz egal, wann und wie die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten auch beendet sein werden: Es wird keine Siegerinnen und Sieger geben. Denn beide Kriege sind mit dem Blick auf ihre bereits eingetretenen und die noch zu erwartenden katastrophalen Kriegsfolgen für sämtliche Kriegsparteien bereits jetzt unabwendbar verloren – militärisch sind beide Kriege nicht zu gewinnen, und zivilisatorisch sind sie schon längst verloren.

Eine nicht militärisch gedachte Antizipationsfähigkeit in Bezug auf den Klimawandel würde indes wahrnehmen und anerkennen müssen, dass die

größte globale Bedrohung unserer Zeit der fortschreitende Klimawandel ist und diese epochale Herausforderung nur gemeinsam und zivilgesellschaftlich gelöst werden kann – in weltumspannender Zusammenarbeit. Und eben auch mit Partnern, die wir bisher noch ausschließlich als geopolitische Feinde betrachten – eine tragfähige und dauerhafte Lösung der Herausforderungen des Klimawandels wird ohne sie nicht möglich sein, ob wir das wollen oder nicht.

Ob das wohl alles auf den anfangs erwähnten Beipackzettel passt? Schön wär's schon!